

## Unsere politischen Botschaften

Der BKK-Landesverband NORDWEST und seine Betriebskrankenkassen im Bereich NORDWEST setzen sich daher für die politische Adressierung einer **präventiven und nachhaltigen Gesundheitspolitik zur Reduzierung von Zivilisationserkrankungen** ein:

- Förderung von gesunden Lebensstilen (z.B. Unterstützung der betrieblichen Gesundheitsförderung)
- Verbesserte Zugänglichkeit zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln
- Aufklärungskampagnen und Anreize für körperliche Aktivität in jedem Lebensalter
- Schaffung von umweltfreundlichen städtischen Infrastrukturen, die die Bewegung/körperliche Aktivität der Bürger und Bürgerinnen dauerhaft fördern (keine gutgemeinten Projekte, die nach der Projektphase wieder „von der Bildfläche verschwinden“)



# Zivilisationskrankheiten

Erkennen von strukturellen  
Problemen und Lösungen



## Gesundheitspolitischer Umgang mit Zivilisationskrankheiten

Diese vom Menschen selbst verursachten Zivilisationskrankheiten sind oft mit veränderten Ernährungsgewohnheiten und einer zunehmenden sitzenden Lebensweise verbunden.

Der gesundheitspolitische Umgang mit Zivilisationserkrankungen erfordert eine ganzheitliche Herangehensweise, die auf Prävention, Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle und effektive Gesundheitsbildung sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Klima und Umwelt fokussiert ist.

Es ist wichtig, den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu erleichtern und frühzeitig Diagnosen und adäquate Behandlungen zu ermöglichen.

Zivilisationskrankheiten erfordern eine koordinierte Anstrengung auf politischer, sozialer, aber auch individueller Ebene. Um hier entgegenzuwirken, sind Präventionsmaßnahmen und ein bewusster Umgang mit Lebensstilen entscheidend.



Der BKK-Landesverband NORDWEST und seine Betriebskrankenkassen im Bereich NORDWEST stehen daher für eine Gesundheitspolitik, die die Förderung von gesundem Verhalten auf individueller und gesellschaftlicher Ebene aktiv und regional unterstützt, denn nur so kann das Risiko von Zivilisationskrankheiten bereits bei Kinder und Jugendlichen reduziert und langfristig die öffentliche Gesundheit verbessert werden.

## Unser politisches Gesundheits-Board

- Primärprävention vor Sekundärprävention vor Tertiärprävention vor kurativer Behandlung. Verpflichtende Erlangung der Gesundheitskompetenz als Eigenverantwortung.
- Einführung einer Unterrichtseinheit „Gesundheit, Ernährung und Bewegung“ in Schulen und Berufsschulen, als Ergänzung der jeweiligen Fächer wie z. B. Biologie, Chemie, Hauswirtschaftslehre.
- Verzahnung der Zielgruppen-Settings (Kita, Schule, weiterführende Schule Berufsschule).
- Maßnahmen für eine „Gesunderhaltung“ erhöhen, z.B. durch Prävention in den Lebenswelten und gezielte betriebliche Gesundheitsförderung.
- Bessere Bildungskampagnen, die über einen gesunden Lebensstil und Anreize für die Früherkennung und Prävention von Zivilisationskrankheiten informieren.
- Diabetes-Test als U-Routinecheck beim Kinderarzt. Derzeit wird Diabetes größtenteils erst im Alter zwischen sechs und acht Jahren entdeckt.
- Einführung einer „Zuckersteuer“, wie sie die WHO seit langem als Sondersteuer auf zuckerhaltige Getränke empfiehlt, um Diabetes, allgemein mit Übergewicht verbundenen Krankheiten sowie Zahnschäden wie Karies entgegenzuwirken bzw. diese zu reduzieren. Möglich wäre auch eine höhere Besteuerung ungesunder Lebensmittel.
- Werbeeinschränkungen für ungesunde Lebensmittel mit hohem Zuckeranteil. Eltern haben kaum die Möglichkeit, ihre Kinder vor dieser Werbung zu schützen oder gehen sogar nach der Werbung davon aus, dass es sich um gesunde Lebensmittel handelt.
- Verbesserte Zugänglichkeit zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln. Zugang zu gesundheitlich unbedenklicher und ausgewogener Ernährung für alle. Denn Fehlernährung macht krank und verursacht hohe individuelle, soziale und ökonomische Kosten.
- Aufklärungskampagnen und Anreize für körperliche Aktivität in jedem Lebensalter.
- Eine präventive Pflege- und Gesundheitsberatung muss anlasslos im SGB XI ab einer bestimmten Altersschwelle als Beratung, z.B. zur Sturz- und Demenzprävention gesetzlich eröffnet werden.
- Schaffung von umweltfreundlichen städtischen Infrastrukturen, die die Bewegung/körperliche Aktivität der Bürger und Bürgerinnen dauerhaft fördern (keine gutgemeinten Projekte, die nach der Projektphase wieder „von der Bildfläche verschwinden“).